

**Erklärung  
zu dem geplanten Neubau von zwei Hähnchenmastställen  
zwischen Illingen und Scheidingen**

Welper ist eine Gemeinde bäuerlicher Landwirtschaft. Und das soll auch so bleiben! Es wird niemanden überraschen, dass unsere Grüne Ratsfraktion den geplanten industriellen Hähnchenmastanlagen ablehnend gegenüber steht. Im Folgenden werde ich einige politische und rechtliche Aspekte benennen, die für uns wichtig sind.

Wir möchten, dass Masttiere ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend untergebracht und gehalten werden. Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden dürfen ihnen nicht zugefügt werden. Wir gehen davon aus, dass das in einer industriellen Hähnchenmast, wo zeitweilig 20 gemästete Tiere auf einem Quadratmeter leben müssen, nicht gewährleistet ist. Werden Hähnchen hier überhaupt noch als Lebewesen betrachtet, oder nur noch als Ding? Das Wort „Tierproduktion“ spricht Bände.

Bei 42.000 Tieren in einer Halle wird niemand merken, wenn Tiere krank werden oder sind. Ein Krankenstall zur individuellen Pflege ist nicht vorgesehen.

Statt dessen werden unseres Wissens in solchen Anlagen oft prophylaktisch Antibiotika in geringen Dosen mit dem Trinkwasser verabreicht, was dazu führt, dass multiresistente Keime entstehen und in Umlauf kommen. Nach unserem Kenntnisstand geht die Wissenschaft davon aus, dass 5 bis 7 % der Multiresistenz-Problemfälle in der Humanmedizin auf die Tiermast zurückgeführt werden müssen.

Wir rechnen mit erheblichen und zahlreichen weiteren gesundheitlichen, biologisch-ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden rund um die geplanten Anlagen:

Durch den zu erwartenden Gestank wird die Lebensqualität der betroffenen Wohngebiete deutlich beeinträchtigt werden. Wegen der Hauptwindrichtung werden das vor allem Meyerich und der Zentralort sein, wo doch eigentlich Zuzug generiert werden soll, aber auch Illingen und Scheidingen. Gebäude und Grundstücke werden an Wert verlieren. Besonders gravierend werden die Ammoniakemissionen sein. Asthma und andere allergische Reaktionen sind zu befürchten. Ebenso ein Baumsterben entlang der K 14 und am unter Schutz stehenden alten Bahndamm sowie selbst im Naturschutzgebiet Wälder rund um Welper, trotz der Entfernung.

Das Gewerbegebiet Scheidingen, wo übrigens auch Menschen wohnen, wird deutlich an Attraktivität einbüßen. Es ist unser einziges größeres Gewerbegebiet. In den geplanten Mastanlagen sind gemäß der vorliegenden Unterlagen noch nicht einmal Filteranlagen vorgesehen.

Die Entwicklung der örtlichen Landwirtschaft würde durch den Industriebetrieb eingeschränkt werden, weil er die Emissionsgrenzen ausschöpfen und Bestandsschutz genießen wird.

Generell leidet die bäuerliche Landwirtschaft unter der starken Ausweitung der industriellen Landwirtschaft.

Das erhebliche touristische Entwicklungspotential Welpers würde ebenfalls geschmälert werden. Man bedenke nur, dass ein Radfahrer auf dem künftigen Alleinradweg Unna - Welper erst an einem Gewerbegebiet vorbei und dann

gleich auf eine womöglich stinkende Hähnchenmastanlage zuführe. Was für ein erster Eindruck der Gemeinde Welver!

Als ein weiteres fast unlösbares Problem der geplanten Mastanlagen sehen wir den Brandschutz an. Die Tiere sollen auf einer Strohschicht gehalten werden. Eine räumliche Unterteilung ist nicht vorgesehen. Im Falle eines Falles wird sich ein Feuer rasendschnell ausbreiten. Welche Feuerwehr soll das dann eindämmen? Müsste unsere Feuerwehr teuer aufgerüstet werden? Und vor allem: Wie sollte es gelingen, sämtliche 42.000 Vögel, die bei einem Brand schnell in Panik geraten, innerhalb von 10 Minuten aus der brennenden Halle zu befördern?

Und wie sieht es mit dem Verkehr aus? Die Mastanlagen werden Schwerlastverkehr nach sich ziehen. Die K 14 ist abschnittsweise recht schmal. Es wird die Gefahr von Kollisionen geben. Auf dem Weg zur A 2 werden die Laster über die Straße „Am Bierbäumchen“ fahren. Diese Gewerbestraße haben wir gerade oberflächlich erneuert. Durch die zusätzliche Belastung ist zu befürchten, dass bald wieder Schäden auftreten werden und wir diesmal vor einer fundierten und teuren Straßenerneuerung stehen. Wie sollten wir das bezahlen?

Ein mögliches Problem sind Umweltschäden durch Abwasser oder Gülleausbringung. Gewässer oder das Grundwasser könnten verschmutzt werden. Biotope könnten geschädigt werden. Es reicht nicht aus, wenn zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Anlage Gülleabnahmeverträge mit ausreichenden Flächen vorliegen, wie viele Betreiber meinen. Die Betreiber von Massentierhaltungsanlagen müssen von Gülleabnehmern einen langfristigen und qualifizierten Nachweis der Tauglichkeit der Flächen verlangen, wenn sie ihrer Pflicht zu umweltverträglicher Verwertung von Abfällen nachkommen wollen. Auch muss in den Abnahmeverträgen geregelt sein, wie und wann die Gülle ausgebracht werden kann. Hier liegt Gefährdungs- und Konfliktpotential.

Nach all den Befürchtungen und Bedenken gibt es aber auch Positives zu vermelden:

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in einem Beschluss vom 29.11.2005 die Rechte von Gemeinden gegenüber Vorhaben im Außenbereich erheblich gestärkt. In allen Fällen, in denen die Gemeinden über § 36 BauGB bei der Genehmigung von Vorhaben im Außenbereich um ihr Einvernehmen ersucht werden müssen, können diese sich nunmehr auf alle in § 35 BauGB geregelten Belange berufen, ohne dass es hierfür einer konkreten entgegenstehenden Planung der Gemeinde bedarf. Das ist geltende Rechtsprechung. In unserem Falle hätte die Gemeinde gegenüber dem Kreis Soest als Genehmigungsbehörde ein Mitentscheidungsrecht. Will die Gemeinde Welver das Einvernehmen versagen, hat sie eine verbesserte Rechtsposition.

Wir hoffen, dass der Investor sein Vorhaben zurückzieht, und dass andernfalls der Widerstand ausreichen wird, das Vorhaben zu verhindern.

Welver, 13.02.13

Bernhard Weber, Fraktionsvorsitzender